

Christiane Frantz und Friso Wielenga

Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart im deutsch-niederländischen Vergleich – Anmerkungen zum forschungskonzeptionellen Zusammenhalt interdisziplinärer und transnationaler Vergleichsstudien

Im DFG-Graduiertenkolleg *Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich* werden sich unterschiedlich fokussierende Vergleichsstudien (vgl. hierzu die nachfolgenden Beiträge der Doktorandinnen und Doktoranden in diesem Jahrbuch) mit Konzeptionen der Zivilgesellschaft auseinandersetzen.¹

Zwei forschungskonzeptionelle Bedingungen gelten dabei auch in einem interdisziplinären Forschungszusammenhang als Klammer und generieren insgesamt das gemeinsame Forschungsinteresse: es wird erstens rekuriert auf deutsch-niederländische Vergleichs- und Transferstudien. Die Grundannahme dieser konzeptionellen Vorgabe besteht darin, dass die Grenzstaaten Niederlande und Deutschland in hinreichendem Maße grundsätzlich übereinstimmen bezogen auf Staat bzw. Politik, Gesellschaft und Ökonomie, um davon ausgehend feine Unterschiede und Transfers methodisch sauber herausarbeiten zu können. Für die entstehenden Dissertationen bedeutet das konkret: wenn keine Zweifel daran bestehen, dass die Rahmenbedingungen bezogen auf einen konkreten Untersuchungsgegenstand vergleichbar sind, dann ist eine belastbare Identifikation der Variablen möglich, die unterschiedliche Entwicklungen und Problemwahrnehmungen sowie Lösungsansätze für ähnliche externe Herausforderungen erst möglich machen. Für die Nieder-

¹ Das Graduiertenkolleg 1410 wurde von der DFG zum 1. Oktober 2006 für zunächst 4,5 Jahre mit dem Titel *Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Deutschland und die Niederlande im Vergleich* an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eingerichtet. Träger des Graduiertenkollegs ist das Zentrum für Niederlande-Studien in Zusammenarbeit mit dem Institut für Niederländische Philologie, dem Historischen Seminar, dem Institut für Politikwissenschaft sowie dem Institut für Ethnologie. Die Forschungsperspektive des Graduiertenkollegs fokussiert den Vergleich zwischen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in den Niederlanden aus der jeweiligen Perspektive der am Graduiertenkolleg beteiligten Disziplinen. Derzeit werden zehn Doktoranden/innen und eine Postdoktorandin gefördert.

lande und Deutschland ist diese Voraussetzung für vergleichende und Transferforschung in einem historisch-sozialwissenschaftlich geprägten Forschungsverbund als erfüllt anzusehen.

Vergleichs- und Transferforschung

Historisch betrachtet sind die Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden durch einen hohen Grad an Verdichtung gekennzeichnet. Traditionell bestehen enge Wirtschaftsbeziehungen;² die Infrastrukturen beider Länder sind zum Teil seit Jahrhunderten vernetzt und seit dem 19. Jahrhundert systematisch ausgebaut worden (insbesondere Schienenverkehr und Wasserstraßen). Migrationen in beide Richtungen sind traditionell ein wesentliches Element der transnationalen Beziehungen. Der kulturelle Austausch und Wissenstransfer nahmen seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich zu.³ Für eine Transferforschung sind die Voraussetzungen also außergewöhnlich gut.

Mit Blick auf eine historische Vergleichsforschung aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Verständigungsprozesse sind die Voraussetzungen ebenfalls besonders günstig. Denn für eine vergleichende Geschichte ist ein ausgewogenes Maß an übereinstimmenden und unterschiedlichen Faktoren unerlässlich. Dies ist im Fall Deutschlands und der Niederlande gegeben. In beiden Ländern entwickelte sich in ähnlichen Phasen eine bürgerliche Gesellschaft und eine Fülle zivilgesellschaftlicher Vereinigungen, die in vergleichbarer Weise auf die Herausforderungen ihrer Zeit reagierten. Die Industrialisierung und die Entstehung einer Arbeiterbewegung vollzogen sich zwar phasenverschoben, in Deutschland früher als in den Niederlanden, – aufgrund der starken Integration der beiden Nachbarstaaten in die Weltwirtschaft stellten sich mit diesen Phänomenen zusammenhängende Fragen wie Sozialreformen, die Ausweitung staatlicher Funktionen oder die Bildungspolitik jedoch zur gleichen Zeit mit ähnlicher Dringlichkeit. Schließlich vollzogen sich die für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaften in beiden Ländern so wichtigen Prozesse der ‚Versäulung‘ beziehungsweise der Milieubildung – die soziale und lebensweltliche Segmentierung aufgrund ideologischer und religiöser Kriterien – grundsätzlich ähnlich und nur im Fall der Arbeiterbewegung beziehungsweise des sozialistischen Milieus phasenverschoben.

Andererseits sind die gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Ländern durch erhebliche Unterschiede gekennzeichnet, die für die Ausprägung zivil-

² J.F.E BLÄSING (Hrsg.), *Frau Antje & Co. op de duitse markt. Aspecten van beeldvorming en marketing in de Nederlandse-Duitse economische relatie*, Lelystad 1998; M. FREY, *Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner*, Berlin 1998; C.W.A.M VAN PARIDON, *Profijtelijske relatie of knellende band? Over economische ontwikkelingen in Duitsland en de invloed op Nederland*, Amsterdam 1993.

³ F. W. BOTERMAN/P. DE ROOY (Hrsg.), *Op de grens van twee culturen. Nederland en Duitsland in het fin de siècle*, Amsterdam 1999; F. WIELENGA/I. RIEK (Hrsg.), *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Forschung: NRW-Benelux-Kooperationen im Zeitraum 1997–2003*, Münster 2003.

gesellschaftlicher Netzwerke und Strukturen von großer Bedeutung waren. Hier sind vor allem ein grundsätzlich anderes Staatsverständnis, die unterschiedlichen Erfahrungen von Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert, der Nationalsozialismus in Deutschland und die revolutionären politischen Systemwechsel in Deutschland zu nennen, dem eine evolutionär demokratische Entwicklung in den Niederlanden gegenüber steht. Evident ist, dass die verschiedenen politischen Kulturen die Entwicklung der Bürgergesellschaft, die Position und Rolle der Öffentlichkeiten, der Kirchen, des Vereinswesens und das Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Markt insgesamt beeinflussten. Der deutsch-niederländische Vergleich ist besonders dazu geeignet, gesellschaftliche Modernisierungsschübe strukturell zu analysieren und im Kontext unterschiedlicher Pfade demokratischer und partizipatorischer Entwicklungen zu gewichten.

Trotz wesentlicher Parallelen der sozio-ökonomischen Entwicklung beider Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert gab und gibt es große Unterschiede bei der Art und Weise, mit der sie auf Herausforderungen und Probleme reagierten (challenge/response-Modell). Verantwortlich dafür sind die spezifischen Pfadabhängigkeiten, die durch je verschiedene nationale Traditionen und politische Kulturen entstehen. Der Erforschung zivilgesellschaftlicher Verständigungsprozesse kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, können ihre Akteure und Trägerschichten doch in erheblichem Maße als ‚Weichensteller‘ bezeichnet werden. Entsprechend wird das Forschungs- und Lehrprogramm die Untersuchung von Akteuren und Akteursgruppen zu einem wesentlichen Forschungsziel machen.

Insbesondere mit Blick auf die Zeitgeschichte nach 1945 sowie die Gegenwart sind schließlich zwei Komplexe von besonderer Bedeutung, die eine deutsch-niederländische Vergleichs- und Transferforschung aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Verständigungsprozesse sinnvoll erscheinen lassen: die Größendifferenz beider Gesellschaften und die Unterschiedlichkeit der staatlichen Systeme und politischen Kulturen.⁴ In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, der kleine Zentralstaat zeichne sich durch ein größeres Anpassungsvermögen an die mit der Globalisierung, der Krise des Sozialstaates oder der Entwicklung der multikulturellen Gesellschaft verbundenen Probleme aus.⁵ In der Tat sind im Hinblick auf sozio-ökonomische Problemlösungsstrategien in der Gegenwart niederländische Transfers nach Deutschland zu beobachten, wenn auch häufig auf der diskursiven Ebene. Dabei werden die Lösungsangebote primär zunächst von zivilgesellschaftlichen Akteuren identifiziert und für die Implementierung in staatlichen Kontexten aufbereitet. Andererseits bleibt auch die niederländische Gesellschaft – wegen ihrer hohen Adaptionfähigkeit zuweilen auch als ‚Diffusionsgesellschaft‘ bezeichnet – offen für Transferangebote aus Deutschland, wie die Überlegungen zur Neuordnung des Wahlrechts in den Niederlanden jüngst

⁴ F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000.

⁵ P.J. KATZENSTEIN, *Small states in world markets. Industrial policy in Europe*, Ithaca 1985.

wieder einmal gezeigt haben. Diese wechselseitigen Bezüge sind bisher jedoch noch nicht systematisiert worden. Eine Bestandaufnahme besitzt politikwissenschaftliche und politische Relevanz, indem sie Grenzen und Möglichkeiten von Transferprozessen aufzeigt und Optionen für die Implementierung bereitstellt.

Zivilgesellschaft

Ist die Vergleichs- und Transferforschung die erste Klammer der jeweils eigenständigen Forschungsarbeiten im Graduiertenkolleg, so kann die theoretische Anbindung an den demokratietheoretischen und historischen Diskurs über die Zivilgesellschaft als zweite Klammer bezeichnet werden. Die erste Forschungs- und Arbeitsphase im Kolleg war unter anderem von Diskussionen geprägt, inwiefern ein entweder normativ hoch aufgeladener oder aber rein organisational-formalistischer Zivilgesellschaftsbegriff für eine theoretische Verankerung als geeignet erachtet werden kann. Einige der Fragen, die innerhalb des Kollegs aufgeworfen wurden, sollen nachfolgend rein fragmentarisch aufgegriffen werden.

Der Begriff Zivilgesellschaft schillert inzwischen so sehr, dass allein seine Mehrdeutigkeit und die Vielfalt der wissenschaftlichen über populärwissenschaftliche bis hin zu rein politischen Verwendungen die Skepsis auf den Plan ruft, ob ein solches – scheinbares – „passe partout“ als Theorieanker für Forschungsstudien geeignet ist. In der Tat hat der zivilgesellschaftliche Diskurs – vor allen Dingen initiiert durch die Transformationsprozesse ehemals sozialistischer Systeme hin zu Demokratien in Europa – in Forschung, Politik und Gesellschaft massiv Einzug gehalten. Die *civil society*⁶ sollte dazu beitragen, dass der politische Systemwechsel gesellschaftlich verankert wird und dass wiederum auf diesem Wege stabilisierende Rückwirkungen auf Staat und Politik erwartbar sein sollten. Denn bereits aus Analysen früherer Systemtransformationswellen⁷, etwa in Südeuropa oder Afrika, konnte als empirisch abgesichert gelten, dass der politische Wechsel nur dann auch in eine stabile Demokratie mündet, wenn gesellschaftliche Strukturen und Partizipationskultur eine zunächst tönernerne demokratische Grundordnung mit Leben füllen und inneren Zusammenhalt ermöglichen.

Solche Überlegungen sind in der Tat normativ aufgeladen und an demokratietheoretische Konzepte zurückgebunden.⁸ Die 1990er Jahre waren in ihrer ersten Hälfte durch einen sozialwissenschaftlichen Brückenschlag zwischen Demokratie- und Transformationsforschung geprägt – die Schnittstelle, die zum Aufmerksamkeitszentrum zahlreicher Fallstudien wurde, war die Zivilgesellschaft. Die Intensität der Forschung wurde in zahlreichen Publika-

⁶ Vgl. J. COHEN/A. ARATO, *Civil society and political theory*, Cambridge 1992.

⁷ Vgl. S.P. HUNTINGTON, *The third wave. Democratization in the late twentieth century*, Norman 1991.

⁸ Vgl. R. DAHL, *Democracy and its critics*, London 1989.

tionen sichtbar zusammengeführt.⁹ Auch der Zivilgesellschaft-Begriff als solcher und die zivilgesellschaftliche Debatte wurde etwa in einer viel zitierten Studie von Klein (2001) aufgearbeitet und diffundierte auf diesem Wege in breite Bereiche der sozialwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Forschung.¹⁰

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre kam es dann jedoch zu einem Zusammenwirken unterschiedlicher Phänomene, die sich pointiert unter dem Schlagwort „Phänomene und Folgen der Globalisierung in nationalen Systemen“ zusammenführen lassen. Ohne diese breite Debatte hier auch nur annähernd differenziert aufbereiten zu können, lässt sich Folgendes festhalten: die unter anderem von Martin Albrow, Ulrich Beck, Dirk Messner gemeinsam mit Franz Nuscheler oder Michael Zürn vertretene These von Auflösungsprozessen des Nationalstaates und der Frage danach, wie Gesellschaften sich transnational formieren können und was Bürger zu eben solchen macht, wenn der Nationalstaat nicht mehr als Rahmen für Bürgergesellschaften zur Verfügung steht, lenkte sehr schnell die Aufmerksamkeit auf den Begriff der Zivilgesellschaft und schürte auch in Teilen der Sozialwissenschaften Idealvorstellungen einer weltumspannenden Zivilgesellschaft.¹¹ Diese Welt-Zivilgesellschaft sollte sich vernetzen durch die neuen Errungenschaften technischer Kommunikation via Internet und für jedermann zugänglich sein – allein dies muss aus heutiger Sicht als idealistisches Postulat klassifiziert werden.

Die politischen Eliten – deren vermeintliche machtvolle Handlungsfähigkeit für alle Menschen offensichtlich angesichts grenzüberschreitender ökologischer Risiken wie in Tschernobyl unterlaufen wurde – sahen sich nicht nur durch ökologische Probleme veranlasst, ihre Gestaltungsmacht neu zu vermessen. Auch aus den 70er und 80er Jahren aufgelaufene Steuerungsprobleme des Staates in der Sozialpolitik und ökonomische Veränderungen befeuerten zeitgleich die Debatte: auch wenn die 90er Jahre in vielen Industrie- und Schwellenländern gezogen von der *New Economy* sehr gute Wachstumsraten mit sich brachten, wurde gleichzeitig für viele Staaten in Europa deutlich, dass man sich mehr Gestaltungsfähigkeit angemaßt hatte, als einzulösen war.

In Deutschland führte das Zusammenwirken beider Prozesse – externer Herausforderungen und interner Probleme – dazu, dass die politische Klasse ein neues Nachdenken über gesellschaftliche Verantwortung und Teilhabe initiierte. So installierte die rot-grüne Bundesregierung in Deutschland nicht zufällig die Enquete-Kommission bürgerschaftliches Engagement, sondern sah neben der Idee für eine stärker partizipierende Bürger-/Zivilgesellschaft auch die Möglichkeit, die notwendigen Einschnitte und den (Teil-)Rückzug des Staates aus dem Wohlfahrtssystem zivilgesellschaftlich zu flankieren: die Frage nach den Potentialen der Zivilgesellschaft ist kein demokratietheoreti-

⁹ Siehe hierzu etwa die mehrbändige Systemwechselreihe von Wolfgang Merkel u.a. Vgl. W. MERKEL, *Systemwechsel*, Band 1, Opladen 1994.

¹⁰ Vgl. A. KLEIN, *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*, Opladen 2001.

¹¹ U. BECK, *Was ist Globalisierung*, Frankfurt 1997.

scher Selbstzweck, sondern wird in diesem Zusammenhang zum gesellschaftlichen Politikprogramm.

Ähnliche Prozesse waren schon früher in den Niederlanden erkennbar, die ihre sozialstaatliche Reform deutlich früher auf die Agenda setzten und institutionell durch *think tanks* flankieren wollten. Die niederländische Regierung installierte bereits in den 1970er das *Sociaal Cultureel Planbureau* (SCP), ein unabhängiges sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das nicht nur zu aktuellen Fragen und Entwicklungen Politik beratend tätig ist, sondern auch in regelmäßigen Abständen soziokulturelle „Bestandsaufnahmen“ der Niederlande veröffentlicht.

Für die wissenschaftliche Präzision und Tiefenschärfe des Zivilgesellschaft-Begriffs war der hier skizzierte Diffusionsprozess aus dem engeren sozialwissenschaftlichen Kontext in Politik und in die medial inszenierte politische Öffentlichkeitsarbeit hinein nicht unbedingt förderlich. Je stärker die politische Inanspruchnahme des Begriffs Zivilgesellschaft sich entwickelt, desto größer ist die Sorge im streng wissenschaftlichen Verwendungsbereich vor politischen Vereinnahmungen oder forschungskonzeptionellen Verengungen.

Welche Bedeutung hat dies nun für die Forschungskonzeptionen und die theoretische Anbindung der Dissertationen im Graduiertenkolleg? In erster Linie bedeutet dies nicht, von der zivilgesellschaftlichen Anbindung abzusehen. Selbstverständlich wäre es wissenschaftlich nicht redlich, ein „Lob auf die Zivilgesellschaft“¹² zur Grundlage einer Operationalisierung zu erheben. Vielmehr geht es um interessante Perspektiven, die sich gerade über den zivilgesellschaftlichen Blickwinkel erschließen lassen. So verweist etwa Etzioni darauf, dass zwar „die bloße Einführung der Idee von einer guten Gesellschaft einen Bias in die Diskussion bringe. Aus individualistischer Perspektive sollte tatsächlich die Formulierung dessen, was gut ist, dem einzelnen Individuum überlassen bleiben (...)“¹³ – jedoch kann der Zivilgesellschaftsbegriff auf die kommunitaristische Theorie bezogen werden, die von Etzioni selbst ausführlich dargelegt wurde.¹⁴ Welche Ergebnisse lassen sich etwa für deutsch-niederländische Vergleichsfälle an der Schnittstelle von Gesellschaft und Ökonomie (etwa bei den Forschungsvorhaben von Fraune oder Krause) für die drei wesentlichen Merkmale einer guten Gesellschaft – wie in der kommunitaristischen Theorie konzipiert – herausarbeiten, nämlich ein austariertes Gleichgewicht von autonomen Persönlichkeitsrechten im Rahmen einer sozialen Ordnung, die zweitens immer wieder kehrenden Austestungen unterliegt und als drittes Merkmal wäre folgender Indikator der kommunitaristischen Theorie zu untersuchen: Die Kommunitarismusforschung hat festgestellt, dass die im Kommunitarismus generierte Vorstellung einer guten

¹² A. TOURAINE, *Lob auf die Zivilgesellschaft*, in: W.A. PERGER/T. ASSHEUER (Hrsg.), *Was wird aus der Demokratie*, Opladen 2000, S. 51–57.

¹³ Vgl. A. ETZIONI, *Auf dem Weg zu einer globalen Wertegemeinschaft*, Berlin 2003.

¹⁴ Vgl. A. ETZIONI, *The golden rule: Community and morality in a democratic society*, New York 1996.

Gesellschaft sich empirisch am ehesten dort entwickelt, wo soziale Kontrolle auf moralischer Überzeugung und informeller sozialer Kontrolle basiert und der Staat diese normative Lenkungsfunktion nicht beansprucht.¹⁵ Hier wird auf die steuerungstheoretische Erkenntnismöglichkeit zivilgesellschaftlicher Grundlegungen verwiesen, die sich national entlang von politischen Kulturen und Rahmensetzungen unterschiedlich und historisch bedingt entfalten können. Daneben sind auch über die Zivilgesellschaftsdebatte vernetzte Konzeptionen wie die der liberalen Bürgergesellschaft, die Dahrendorf stellvertretend entwickelt,¹⁶ in die Untersuchungsverläufe mit Erkenntniszugewinn integrierbar. Die Perspektive der Chancen und Bedingungen der liberalen Bürgergesellschaft und die dort ablaufenden zivilgesellschaftlichen Verständigungsprozesse ist insbesondere für die drei Studien an der Schnittstelle von Kulturalität, Migration und Integration (vgl. die Beiträge von Aksünger, Kortmann und Musch in diesem Jahrbuch) von Bedeutung.

Mit diesen wenigen Hinweisen sollte deutlich werden, dass der Begriff Zivilgesellschaft zwar mangels einer originell-eigenständigen theoretischen Basisierung¹⁷ kaum als Basistheorie einer Forschungsstudie denkbar ist und es wünschenswert wäre, die Zivilgesellschaft aus dem politischen PR-Bereich wieder in den sozialwissenschaftlichen Theoriediskurs zurückzuführen. Doch die zivilgesellschaftliche Anbindung verweist sowohl auf die Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation, die geeignete Antworten auf ökonomische und politische Herausforderungen bieten können, als auch auf partizipative gesellschaftliche Prozesse, die in historischen und politischen Veränderungssituationen notwendig werden. Beide Forschungshorizonte sind in den Analysen im Rahmen des Graduiertenkollegs im Vergleich deutsch-niederländischer Besonderheiten von herausgehobener Bedeutung.

¹⁵ ETZIONI (wie Anm. 13), S. 12.

¹⁶ Vgl. R. DAHRENDORF, *Die Bürgergesellschaft*, in: A. PONGS (Hrsg.), *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*, München 2007, S. 115–151.

¹⁷ Die theoretischen Auseinandersetzungen bleiben kursorisch wie etwa bei F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt 2005.